Sitzung des NÖ Landtages

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 17 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Mag. Karl Wilfing zu einer Sitzung zusammen.

Abgeordneter Christoph K a u f m a n n MAS (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung der NÖ Landesverfassung 1979 (NÖ LV 1979), der NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973), des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes (NÖ STROG), des NÖ Auskunftsgesetzes, des NÖ Bezirkshauptmannschaften-Gesetzes und Aufhebung des NÖ Datenschutzgesetzes 2018 (NÖ DSG 2018)**.

Abgeordnete Mag. Indra C o l l i n i (Neos) sagte, die Tragweite des zur Beschlussfassung vorliegenden Antrages sei marginal. Der Begriff Kompetenz-Bereinigungspaket klinge zwar „hochtrabend“, von einem großen Wurf sei man jedoch weit entfernt. Sie forderte „echte Modernisierungsschritte“ und mehr Bürgernähe. Die Bürger hätten ein Recht darauf zu erfahren, was mit ihrem Steuergeld geschehe. In diesem Zusammenhang brachte sie einen **Abänderungsantrag** ein, in dem sie mit ihren Fraktionskollegen eine verpflichtende Veröffentlichung von Kundmachungen, Ausschreibungen, Sitzungsprotokollen etc. forderte.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r – H u b e r (Grüne) bezeichnete die im vorliegenden Antrag genannten Punkte als „halbherzig“. Das sei alles anderes als eine Verwaltungsreform. Es werde auch nicht gesagt, was das Vorhaben sei und welche Schwerpunkte genau gesetzt werden sollen. Zudem fordert sie eine getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Dieter D o r n e r (FP) bezeichnete den vorliegenden Antrag als einen Schritt in die richtige Richtung. In weiterer Folge setzte er sich mit einigen Punkten des Antrages auseinander. Lob fand er auch für die Bezirkshauptmannschaften und die dezentrale Verwaltung. Seine Fraktion werde den vorliegenden Antrag unterstützen.

Abgeordneter Dr. Günther S i d l (SP) hielt fest, dass der vorliegende Antrag unterschiedliche Punkte umfasse. In einem **Antrag** mit seinen Fraktionskollegen forderte er, dass Sitzungen der Landesregierung außerhalb von St. Pölten nicht ab dem Zeitpunkt der Kundmachung einer Wahl erfolgen sollten. In einem weiteren **Antrag** mit seinen Fraktionskollegen soll der Art. 5 des vorliegenden Antrages geändert werden. Zudem forderte er eine getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) betonte, die Änderung im Rechnungswesen sei ein Schritt in Richtung mehr Transparenz, Effizienz und einer besseren Vergleichbarkeit. Auch die mittelfristige Finanzplanung brauche eine Absicherung. Die Bezirksverwaltungsbehörden blieben weiter erste Anlaufstelle im Rechtsvollzug. Eine stärkere Mitwirkung der Magistrate sei rechtlich nicht möglich. Die Dezentralisierung der Verwaltung bringe eine echte Stärkung der Regionen. Insgesamt sei die Novelle ein bedeutender Schritt, der das Land weiterbringen werde.

Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Collini wurde nicht ausreichend unterstützt. Beide Anträge auf getrennte Abstimmung wurden gegen die Stimmen der FP mit Mehrheit angenommen. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Sidl (Magistrate) blieb in der Minderheit. Der Hauptantrag wurde einstimmig angenommen, die einzeln abgestimmten Punkte mit Mehrheit von VP und FP.

Abgeordneter Christoph K a u f m a n n MAS (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Änderung des NÖ Landesverwaltungsgerichtsgesetzes (NÖ LVGG).**

Abgeordnete Mag. Indra C o l l i n i (Neos) eröffnete die Debatte: Der Antrag sei begrüßenswert, Wermutstropfen sei, dass es keine Informationen über die Kosten gebe. Das sei „ein Armutszeugnis“. Ein **Resolutionsantrag** fordert ein öffentliches Hearing vor der Bestellung des Präsidenten des Landesverwaltungsgerichtshofes.

Abgeordneter Dieter D o r n e r (FP) sagte, er sei sehr froh über den Landesverwaltungsgerichtshof. Ihm persönlich habe er schon Recht gebracht. Die Außenstellen

schafften Bürgernähe und hochqualitative Arbeitsplätze. Die Gesetzesänderung stärke die Regionen.

Abgeordneter Dr. Günther S i d l (SP) sprach von kleineren, aber durchaus wichtigen Änderungen. Die Außenstellen seien ein Service für die niederösterreichischen Bürger. Die Greifbarkeit bei Anliegen sei jetzt noch besser gegeben.

Abgeordnete Mag. Klaudia T a n n e r (VP) meinte, Bürgernähe und Effizienz in der Verwaltung seien der Weg in die Zukunft. Die Absicherung der Außenstellen liege im Interesse hochwertiger Arbeitsplätze in den Regionen. Niederösterreich könne auf dieses Gericht stolz sein.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag blieb in der Minderheit.

Abgeordneter DI Franz D i n h o b l (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landesklinikum Wiener Neustadt, Neubau des Klinikums**.

Abgeordneter Mag. Helmut H o f e r – G r u b e r (Neos) sagte, das Projekt sei ursprünglich gar nicht auf der Tagesordnung des Ausschusses gestanden, die Unterlagen seien erst zwei Tage vorher eingelangt. Eine ernsthafte Debatte sei „gar nicht erwünscht“. Es gehe in Wahrheit um 826 Millionen Euro oder mehr, die Milliarde sei in Griffweite. Es stelle sich die Frage, warum man die Tagesordnung über die Medien erfahre und warum man nicht ausführlich informiert werde.

Gf. Klubobmann Udo L a n d b a u e r (FP) sagte, die Freiheitlichen unterstützten den Antrag vollinhaltlich. Der Zuzug in die Region sei hoch und man werde den Bedarf haben. Man wisse, dass ein Neubau dringend erforderlich sei.

Abgeordnete Mag. Edith K o l l e r m a n n (Neos) meinte, es sei unumstritten, dass Wiener Neustadt und sein Einzugsgebiet eine gute medizinische Versorgung brauchten. In der Medizin und der Gesundheitsversorgung sei vieles im Wandel, ein Krankenhaus-

Bau sei eine Langfrist-Investition. Zukünftige Entwicklungen müssten mitberücksichtigt werden. Sie stellte einen Antrag auf Rückverweisung des vorliegenden Antrags in den Wirtschafts- und Finanzausschuss.

Abgeordnete Mag. Silvia M o s e r (Grüne) sagte, dem Neubau des Landesklinikums gebe man sehr gerne die Zustimmung. Das Klinikum habe einen sehr guten Ruf, sei aber veraltet. Ein Neubau erscheine am Sinnvollsten. Wichtig sei, dass dabei sämtliche klimarelevante Einsparungspotenziale genützt würden. Ein neues Haus müsse ein zukunftsfähiges Energiekonzept haben. Wichtig sei auch eine gute Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Abgeordneter Mag. Reinhard T e u f e l (FP) betonte, die Freiheitlichen begrüßten den Neubau des Landesklinikums, auch wenn sich die Kosten auf weit über eine halbe Milliarde Euro belaufen würden. Man wolle die höchsten medizinischen Standards umgesetzt sehen. Man wolle eine seriöse Planung und daher werde man auch der begleitenden Kontrolle großes Augenmerk schenken.

Abgeordnete Mag. Karin S c h e e l e (SP) sagte, ihre Fraktion werde diesem Antrag zustimmen. Es gehe darum, dass man in diesem Ballungsgebiet eine wachsende Bevölkerung habe und dass das bestehende Haus nicht mehr den Standards entspreche. Man brauche nicht nur die modernsten medizinischen Geräte und die besten Versorgungsmöglichkeiten, sondern auch genügend Personal und gute Arbeitsbedingungen.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) hielt fest, für einen Bürgermeister der Stadt Wiener Neustadt sei dieser Beschluss ein „historischer Beschluss“. Er wolle die Freude darüber mit einem Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verknüpfen. Er sprach von einem „Jahrhundertprojekt“. Es werde ein europaweit spannenderer Cluster entwickelt, das neue Klinikum werde gleich neben MedAustron platziert. Bei den Planungen würden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingebunden. Es ergebe sich in Wiener Neustadt die historische Chance, in wenigen Jahren über zehn Hektar Grund unmittelbar in Stadtkernnähe entwickeln zu können.

Der Zurückweisungsantrag blieb in der Minderheit. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Neos mit Mehrheit angenommen.

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Mag. Reinhard T e u f e l , FP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Sicherstellung von leistbarem Wohnen in Niederösterreich durch die blau-gelbe Wohnbaustrategie.**
- **Umsetzung der baulichen Maßnahmen des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes (BGStG) in Niederösterreich** (Der Ausschussantrag lautet auf Ablehnung)

Abgeordneter Mag. Georg E c k e r MA (Grüne) betonte, es würden „nur kosmetische Änderungen vorliegen“. Insgesamt sei das „nicht der große Wurf“. Ein wichtiges Ziel sei der leistbare Wohnraum. Wohnen würde auch bedeuten, dass es in der Wohnung bzw. im Haus warm sei. Es müsse auch auf die Energiekosten entsprechend Rücksicht genommen werden, auch müssten die Ortskerne gestärkt werden. Die Förderung komme leider nicht bei den Menschen an. Die Bodenversiegelung müsse bei der Förderung noch mehr berücksichtigt werden. Wien sei in diesem Zusammenhang ein Vorbild. Die Gemeindewohnungen würden eine „Lücke“ schließen, Wohnen sei ein Grundrecht.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) führte aus, die blau-gelbe Wohnbaustrategie ermögliche einen Zuschlag bei „Wohnen im Ortskern“ und es gebe einen Zuschlag, was die Region betreffe. Das Land investiere sehr viel Geld in den Wohnbau. Wohnen sei ein wesentlicher Teil für ein erfülltes und zufriedenes Leben. Junge Menschen hätten andere Bedürfnisse als junge Familien oder Senioren in einem hohen Alter. Bewohner von Eigenheimen seien sehr sorgsam und würden ihre Häuser und Wohnungen verstärkt sanieren.

Abgeordnete Mag. Silvia M o s e r (Grüne) befasste sich mit dem Thema Barrierefreiheit. Nach wie vor gebe es hier große Defizite, insbesondere auch was bauliche

Maßnahmen anbelange. Barrierefreiheit müsse aber über bauliche Maßnahmen hinausgehen. Darüber hinaus sei der Zugang für Menschen mit Beeinträchtigungen zu einer selbständigen Tätigkeit sehr schwierig.

Abgeordneter Mag. Helmut H o f e r – G r u b e r (Neos) meinte, dass man beim Wohnbau vor allem bei den Preisen ansetzen müsste. Vor allem auch der gemeinnützige Wohnbau sei zu teuer. Ebenso könnte man bei den laufenden Kosten einiges bewegen. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r – H u b e r (Grüne) sagte, dass Wohnen ein Grundbedürfnis sei. Sie kritisierte die fehlende Bereitschaft gemeinsame Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Sie hätte beispielsweise eine Sonderfinanzierung für Dachausbauten vorgeschlagen, auch um Boden und Ressourcen zu schonen. Aus Spekulationsgründen gebe es vielerorts Leerstände. Man sollte auch steuerliche Überlegungen anstellen und eine Sonderfinanzierung ermöglichen, damit Gemeinden Grundankäufe für Wohnbaumaßnahmen durchführen könnten. Mehr Berücksichtigung in der Wohnbauförderung sollte auch Recycling und die Wiederverwertung von Stoffen finden.

Gf. Klubobmann Udo L a n d b a u e r (FP) bezeichnete die Wohnbaustrategie der Mehrheitsfraktion als „Taktik“. Im Wohnbau müsse sich vieles verändern. Mietpreise und Anschaffungskosten fürs Wohnen seien zu hoch. Daran werde auch der vorliegende § 34-Antrag nichts ändern. Seiner Ansicht nach sollten Umweltauflagen, die Preistreiber fürs Wohnen seien, aus anderen Töpfen aufgebracht werden. Im Folgenden brachte er sechs **Resolutionsanträge** ein: Zur Überbauung von Supermärkten durch sozial verträglichen Wohnraum, für eine flächendeckende Wohnbauoffensive und leistbare Startwohnungen, für eine Wohnstarthilfe für junge Niederösterreicher, für den Nachweis von Deutschkenntnissen als Voraussetzung für geförderten Wohnraum, für ein Leistungsprinzip in der Wohnbauförderung für Asylberechtigte sowie für ein Förderprogramm zur Altbausanierung in Stadt- und Ortskernen.

Abgeordneter Mag. Christian S a m w a l d (SP) vertrat die Ansicht, niemand kenne die Details der Wohnbaustrategie. Viele Fragen seien noch offen. Wer definiere bei-

spielsweise, wo der ländliche Raum beginne oder wer einen besonderen Bezug zur Region habe. Man brauche „eine ordentliche Strategie, kein nettes Sammelsurium an Überschriften“.

Abgeordneter Jürgen H a n d l e r (FP) sprach zur Umsetzung der baulichen Maßnahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes. Barrierefreie Teilhabe müsse eine Selbstverständlichkeit sein. In Österreich seien schon sehr viele Maßnahmen gesetzt worden, auch in Zukunft dürften aber keine Nachteile entstehen. Er fordere eine Sonderfinanzierung der baulichen Maßnahmen.

Abgeordneter René P f i s t e r (SP) unterstrich den „unbedingten Handlungsbedarf“. Bis heute habe man es nicht geschafft, die entsprechenden baulichen Maßnahmen in den Gemeinden umzusetzen. Bei den Wohnungen hielten die Einkommen mit den Mietpreisen nicht Schritt.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) sagte, das Thema Wohnbau stehe immer wieder im Zentrum des Interesses. Man habe es hier mit einer Wohnbaustrategie zu tun und noch nicht mit konkreten Richtlinien. Es handle sich um eine Querschnittsmaterie, verwies er auch auf Bauordnung und Raumordnung. Zum Thema behindertengerechtes Bauen auf Gemeindeebene hielt er fest, dass es sehr viele Gemeinden gebe, die hier vorbildlich agiert hätten und barrierefreie Zugänge geschaffen hätten.

Der Antrag Sicherstellung von leistbarem Wohnen in Niederösterreich durch die blau-gelbe Wohnbaustrategie wurde mit Mehrheit angenommen. Die Zusatzanträge blieben allesamt in der Minderheit. Der auf Ablehnung lautende Ausschussantrag betreffend Umsetzung der baulichen Maßnahmen des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes (BGStG) in Niederösterreich wurde mit Mehrheit angenommen.

Schluss der Sitzung!